

servativen“, wie man deren Gegner nannte, höchst unerfreulich. Dagegen nahm durch die rührige Wirtschaftspolitik der Regierung der äußere Wohlstand zu: Industrie und Handel entwickelten sich kräftig unter den Segnungen des Zollvereins (s. S. 67), das Eisenbahn- und Telegraphennetz wurde weiter ausgedehnt, eine preußische Flotte begründet (Kriegshafen: Wilhelmshaven, erster Admiral: Prinz Adalbert v. Preußen). — Nach dem Tode Friedrich Wilhelms IV. brach unter der Regierung König Wilhelms I., der schon seit 1858 für seinen schwer kranken Bruder die Regentschaft geführt hatte, ein neuer Zwist zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhaus aus. Es handelte sich um die von dem Könige und seinem ausgezeichneten Kriegsminister Albrecht v. Roon geplante Heeresreform, die neben Verbesserungen in der inneren Einrichtung eine dem Bevölkerungszuwachse entsprechende Vergrößerung der preußischen Armee bezweckte. Die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses sah aber darin nur eine beabsichtigte Verstärkung der Macht der Krone und lehnte hartnäckig die geforderten Mittel ab. Da entschloß sich der König, den damaligen Pariser Botschafter Otto v. Bismarck, der mit altpreußischer Starrheit und Königstreue seinem Landesherren zur Verfügung stand, zum Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen zu machen. Im harten Kampfe der sog. „Konfliktzeit“ führten der König und seine Berater, Bismarck und Roon, die Heeresorganisation ohne Rücksicht auf den Landtag durch; denn sie wußten, daß das unentbehrlichste Machtmittel des Staates zur Begründung einer achtunggebietenden Stellung Preußens in Deutschland und Deutschlands in Europa ein starkes Heer sei. Die Folgezeit gab ihnen schnell recht.

Österreich hatte nach der Demütigung Preußens in Olmütz gehofft, den bisherigen Nebenbuhler zur gefügigen Gefolgschaft bereit zu finden, mußte aber zu seinem Erstaunen erkennen, daß der neue preußische Bundesbevollmächtigte — es war von 1852 bis 1859 Otto v. Bismarck — dem engeren Anschluß Österreichs an Deutschland (Zollverein) mit allen Mitteln entgegenarbeitete. Er wollte es nämlich verhindern, daß der neue österreichisch-ungarische Gesamtstaat, der doch nur zu einem kleinen Teile deutsch war, vollständig in den Deutschen Bund einträte, weil er davon eine Schwächung der Stellung Preußens in Deutschland befürchtete. Zunächst aber wurden die beiden führenden Staaten noch einmal zu einem gemeinsamen Vorgehen gezwungen.

1. Österreichs und Preußens Krieg gegen Dänemark. Ermutigt durch den Schutz, den die Großmächte Dänemark im Kriege 1848 und 1849 gewährt hatten, war die Regierung König Friedrichs VII. (s. S. 85) in rücksichtslosester Weise gegen das Deutschtum in den Elbherzogtümern vorgegangen. Als aber der neue König Christian IX. (1863—1906) die unter seinem Vorgänger ausgearbeitete dänische Gesamtstaatsverfassung bestätigte, d. h. das deutsche Bundesglied Holstein für dänisch erklärte, ließ der Bundestag Truppen als „Bundesexekution“ in die Elbherzogtümer einrücken. Gleichzeitig beantragte Prinz Friedrich von Augustenburg¹⁾, der gegen den Verzicht seines Vaters auf die Erbfolge in Holstein Einspruch erhoben

Wilhelm I.
1861—1888.

1864.

Die Bundesexekution gegen Dänemark 1864.

1) Er ist der Vater der Kaiserin Auguste Viktoria.